

28.02.11

SÜDWEST
aktiv



Moderator und Kandidaten (von links) bei der Podiumsdiskussion zur Landtagswahl am Freitagabend im Spitalhofsaal. Foto: Marinko Belanov

Fast wäre es gleich zu Beginn zu einem Eklat gekommen, als Dieter Hillebrand (CDU) den Eindruck hatte, er werde "vorgeführt" und werde keine Podiumsdiskussion unter der Moderation von Paul Schlegl mehr bestreiten. Der Staatssekretär hatte, ebenso wie sein Koalitionskollege von der FDP, Hagen Kluck, einen schweren Stand. Denn die Veranstalter von Sozialforum, Gewerkschaft Verdi und Förderverein Sozialer Betriebe heizten Schwarz-Gelb ordentlich ein, während die Opposition um Thomas Poreski (Grüne), Ramazan Selcuk (SPD) und Petra Braun-Seitz (Linke) quasi ein Heimspiel hatte und die Positionen der Veranstalter im Wesentlichen bestätigen konnten.

Ein "Impulsreferat" von Alfons Eckmann (Sozialforum) und später auch Publikumsfragen zeigten auf, wohin der Hase läuft. Die Regierungsvertreter gerieten beim Thema Bildung ins Kreuzfeuer. Frage, zwei Minuten für die Antwort, Klingelton, fertig. In dieser Kürze könne man doch kein Thema darstellen, polterte der ansonsten bedächtig agierende Hillebrand. Nachfassen, Einwürfe, Richtigstellungen - sollte das, täglich erprobt im Parlamentarierbetrieb, nicht möglich sein? Die beiden Politprofis Hillebrand und Kluck scherten sich nicht darum, unterbrachen die anderen Podiumsteilnehmer, gaben Kommentare ab. Dieses Gebaren stieß den etwa 100 Interessierten im Spitalhofsaal mitunter sauer auf: "Hören Sie doch zu, in der Schule hätte man Sie dafür vor die Tür geschickt."

Inhaltlich konnte da nicht viel rüberkommen. Bei den Kosten fürs verpflichtende Kindergartenjahr räumte Hillebrand ein, dass die Regierung zahlen müsse, "ohne Wenn und Aber". Dass die Oppositionsvertreter (Selcuk: "Sie sprechen von Bildung, aber die Realität sieht anders aus") Baden-Württemberg bei der Bildung so darstellten, als wäre es unter den Letzten, sei schlicht falsch. PISA habe dies widerlegt. Und Baden-Württemberg habe die geringste Schulabbrecherquote.

Noch heftiger unter Beschuss gerieten Hillebrand und Kluck, als Verdi-Bezirksgeschäftsführer Martin Gross seine Salven abfeuerte: Geschenke an die Reichen, Personaleinsparungen bei Krankenhäusern, mit Steuergeldern Lohndumping unterstützen. "Ein Tarifvertragstreugesetz muss her." Hagen Kluck blieb eisenhart bei seiner liberalen Linie. "Soll der Staat die Löhne bestimmen? Das ist Sache der Tarifpartner." Ganz so einfach ist das aber nicht, denn die Arbeitslandschaft hat sich gewaltig geändert. Poreski: "Die

Verhandlungsmacht der Gewerkschaften war früher stärker". Und Selcuk erinnerte, dass Leiharbeit zur Abdeckung von Spitzen zwar sinnvoll sei, doch Tatsache sei, dass "reguläre Arbeitsplätze" abgebaut wurden. Petra Braun-Seitz sprach von einem Anwachsen der Leiharbeiter bis zu einer Million. Das seien Menschen, die unter "unwürdigen Bedingungen" arbeiten müssten.

Während Veranstalter, SPD, Grüne und Linke sich klar für Mindestlöhne aussprachen, wie sie in etlichen Ländern Europas gang und gäbe sind, beharrten CDU und FDP darauf, diese Frage in den Bereich der Tarifautonomie zu verlegen.

Hillebrand pflichtete Gross zwar bei, dass der Investitionsstau bei den Krankenhäusern gegeben sei, aber das Land habe dennoch Millionen Euro in die Kliniken gesteckt, die im bundesweiten Vergleich auf dem höchsten Stand lägen. Gross reagierte ziemlich ungehalten. "Diese rosaroten Wolken sind einfach nicht auszuhalten." Er empfahl, sich doch mal in den Kliniken umzuschauen, wenn eine Krankenschwester nach unbezahlten Überstunden nach Hause geht - mit schlechtem Gewissen, weil sie dennoch nicht genug für ihre Patienten habe tun können.

Nun war es an Hillebrand, Gross vorzuwerfen, er verwechsle Äpfel mit Birnen. Das Land zahle bei den Krankenhäusern mehr als jedes andere Bundesland. Im Pflegebereich habe das Land aber "keine Karten drin". Gross solle nicht alles in einen Topf werfen.

PETER ANDEL Steinhilber